

P R E S S E I N F O R M A T I O N

zur AK-Wahl 2009

20. Jänner 2009

TeilnehmerInnen: Hedenig Anton
Mag.^a Tutschek Dagmar
Holzapfel Stefan

Zur Erinnerung: Das Wahlergebnis 2004 brachte folgendes Ergebnis:

FSG:	71,31 %	37 Mandate
ÖAAB:	22,70 %	11 Mandate
FA:	3,27 %	1 Mandat
AUGE/UG:	2,72 %	1 Mandat

In der abgelaufenen Wahlperiode fanden 10 Vollversammlungen statt. Zu diesen wurden insgesamt 206 Anträge eingebracht – FSG 81 – AUGÉ/UG 58 – ÖAAB 55 – FA 12.

Eine Reihe von Anträgen der AUGÉ/UG wurde durch Mehrheitsbeschluss angenommen, z.B. Lohnsteuersenkung vor 2010; Vermögenssteuern erhöhen; kein Personalabbau bei der Post – um einige zu nennen.

Es wurden aber auch für die im Burgenland Beschäftigten wichtige AUGÉ/UG Anträge durch die Mehrheitsfraktion FSG abgelehnt.

Ein Auszug:

Keine automatischen Funktionsgebühren für AK-Funktionäre –
durch FSG und ÖAAB abgelehnt

Demokratisierung des AK-Gesetzes und der AK-Wahlordnung –
durch FSG und ÖAAB abgelehnt

Totalreform des Ökostromgesetzes –
durch FSG und ÖAAB abgelehnt

Überprüfung Planungsvarianten Schleife Wulkaprodersdorf –
durch FSG abgelehnt

Mindestlohn einführen –
durch FSG abgelehnt

Bei der 6. Vollversammlung am 13. November 2006 (!), stellte die AUGÉ/UG den Antrag, die Bundesregierung aufzufordern, eine Energiestrategie zur Steigerung der Energieeffizienz zu entwickeln und darüber hinaus den Ersatz von fossilen Energieträgern durch erneuerbare Energiequellen voranzutreiben – auch dieser Antrag wurde durch die FSG Mehrheit abgelehnt.

Unsere Forderungen für die nächste Periode:

- **Gesetzlicher Mindestlohn von Euro 7,50/Stunde, Euro 1.500,- brutto/Monat, auch für „Atypische“**
- **Einheitliches Arbeitsrecht für alle unselbständig Beschäftigten**
- **Planbare Arbeitszeiten, die sich an den Bedürfnissen der ArbeitnehmerInnen orientieren**
- **Kaufkraft der unteren und mittleren Einkommen deutlich erhöhen**
- **Steuerprivilegien für Unternehmen und Spitzenverdiener streichen**
- **Große Erbschaften, Vermögen und Schenkungen stärker besteuern**
- **Mehr Geld für Bildung, Gesundheit, Pflege und Grundsicherung**
- **Ein „grünes“ Konjunkturpaket zum Klimaschutz: Energieeffizienz, erneuerbare Energien, Wärmedämmung, öko-soziale Steuerreform**
- **Ausbau und Verbilligung des öffentlichen Nahverkehrs**
- **Privatisierungen stoppen – öffentliches Eigentum sichern**

Österreich steuert auf wirtschaftlich sehr schwierige Zeiten zu. Wirtschaftsexperten prophezeien bis zu 100.000 zusätzliche Arbeitslose. Es werden also wieder jene die Last zu tragen bekommen, die schon in den vergangenen Jahren vom wirtschaftlichen Aufschwung wenig bis nichts gespürt haben. Doppelte Bestrafung sozusagen. Der Umstand, dass Banken nach wie vor in nur unzureichendem Ausmaß Kredite vergeben, verschärft die Situation von Klein- und Mittelbetrieben. Diese Unternehmen stellen aber die meisten Arbeitsplätze in Österreich zur Verfügung.

Die AUGE/UG fordert, dass über das AWS-„Austria Wirtschaftsservice“ (Förderbank des Bundes) vermehrt Kredite an Klein- und Mittelbetriebe – nach erfolgter positiver Beurteilung der Kreditnehmer – abgerufen werden können.

Die AUGE/UG fordert die Einrichtung eines öffentlichen „Beteiligungs- und Stabilisierungsfonds“ – einen solchen hat es schon gegeben, als GBI – „Gesellschaft des Bundes für Industriepolitische Maßnahmen“. Dieser Fonds könnte in Not geratene Unternehmen auf ihre Sanierbarkeit hin überprüfen und sie ggf. erwerben bzw. sich daran beteiligen. Nach erfolgreicher Sanierung könnten diese Betriebe wieder verkauft und die dadurch frei werdenden Mittel für die Rettung anderer Unternehmen eingesetzt werden.

Die AUGE/UG fordert, dass im Rahmen von Konkursverfahren Betriebsübernahmen und eine Weiterführung des Betriebes durch die Beschäftigten – unter anderem als Genossenschaften – ermöglicht und gefördert werden sollen. Öffentliche Wirtschaftsförderungsinstrumente – wie etwa das „AWS-Austria Wirtschaftsservice“, die österreichische Förderbank für unternehmensbezogene Wirtschaftsförderung – sollen verstärkt genutzt werden, um diese Betriebe entsprechend finanziell zu unterstützen. Die Ursachen für Konkurse liegen oft in Managementfehlern. Betriebe werden gar nicht selten ganz bewusst (durch bewusst herbeigeführte Überschuldung, Privatentnahmen auf Kosten der Unternehmenssubstanz, Spekulationsmotive etc.) in den Konkurs getrieben – obwohl sie ökonomisch durchaus leistungs- und konkurrenzfähig wären. Zum Handkuss kommen die Beschäftigten. Hier soll die öffentliche Hand eine Weiterführung des Betriebes durch die Beschäftigten selbst fördern.

Steigende Armut in Österreich

Der aktuelle Armutsbericht zeigt auf, dass Armut in Österreich weiter zunimmt. Es ist also nicht gelungen, in wirtschaftlich Guten Zeiten diese Entwicklung zu stoppen. Im Gegensatz dazu, steigt die Zahl der Millionäre weiter an.

Die AUGÉ/UG fordert, dass es zu einer gerechten Verteilung des gesellschaftlichen Vermögens kommt. Dies ist möglich durch eine Steuerpolitik die nicht die ohnehin schon vermögenden weiter entlastet, Arbeit aber immer mehr belastet. Auch die in Aussicht gestellte Steuerreform wird dazu beitragen, dass die höchsten Einkommensbezieher am meisten von ihr profitieren. Dieser Weg ist falsch und wird von uns abgelehnt.

Zum Thema Verfassungsbeschwerde

Die derzeitige Arbeiterkammerwahlordnung schreibt vor, dass für eine gültige Kandidatur mindestens 300 Unterstützungserklärungen von wahlberechtigten Kammerzugehörigen Personen notwendig sind. Die Höhe der notwendigen gültigen Unterstützungserklärungen ist unabhängig von der Anzahl der Wahlberechtigten. In Wien waren 2004 605.943 Personen wahlberechtigt. Im Burgenland dagegen nur 68.472.

Bei Nationalratswahlen sind 100 Unterstützungserklärungen, bei ca. 220.000 Wahlberechtigten im Burgenland, für eine gültige Kandidatur ausreichend.

Bei Landtagswahlen im Burgenland genügen für eine Kandidatur 180 Unterstützungserklärungen, bei ebenfalls ca. 220.000 Wahlberechtigten.

Wir halten die Höhe von 300 Unterstützungserklärungen für Verfassungswidrig und haben daher Verfassungsbeschwerde eingebracht.